

Synopse 2

Anpassungen bei der Gerichtsorganisation und im Verfahrensrecht: Änderung der Verordnung des Kantonsrates über das Verfahren vor dem Versicherungsgericht und über die Organisation und das Verfahren der Schiedsgerichte in den Sozialversicherungen

	Beschlussesentwurf 3: Anpassungen bei der Gerichtsorganisation und im Verfahrensrecht; Änderung der Verordnung des Kantonsrates über das Verfahren vor dem Versicherungsgericht und über die Organisation und das Verfahren der Schiedsgerichte in den Sozialversicherungen
	<i>Der Kantonsrat von Solothurn</i> gestützt auf § 54 ^{ter} des Gesetzes über die Gerichtsorganisation (GO) vom 13. März 1977 ¹⁾ <i>beschliesst:</i>
	I.
	Der Erlass Verordnung des Kantonsrates über das Verfahren vor dem Versicherungsgericht und über die Organisation und das Verfahren der Schiedsgerichte in den Sozialversicherungen vom 22. September 1987 (Stand 1. Januar 2008) wird wie folgt geändert:
§ 1 ¹ Das Versicherungsgericht beurteilt alle Streitigkeiten in Sozialversicherungssachen, mit Einschluss der beruflichen Vorsorge und der Zusatzversicherungen zur sozialen Krankenversicherung, im Rahmen der eidgenössischen und kantonalen Gesetzgebung. ² Die Schiedsgerichte beurteilen im Rahmen der eidgenössischen und der kantonalen Gesetzgebung Streitigkeiten zwischen Leistungserbringenden und Trägerrinnen der folgenden Sozialversicherungen:	 ¹ Das Versicherungsgericht beurteilt alle Streitigkeiten in Sozialversicherungssachen, mit Einschluss der beruflichen Vorsorge, im Rahmen der eidgenössischen und kantonalen Gesetzgebung.

¹⁾ BGS [125.12](#).

a) Invalidenversicherung; b) Krankenversicherung; c) Unfallversicherung; d) Militärversicherung. ³ Wo diese Verordnung keine Regelung enthält, gilt das Gesetz über den Rechtsschutz in Verwaltungssachen.	
	II.
	<i>Keine Fremdänderungen.</i>
	III.
	<i>Keine Fremdaufhebungen.</i>
	IV.
	Der Regierungsrat bestimmt das Inkrafttreten.
	Solothurn, ... Im Namen des Kantonsrates Peter Brotschi Präsident Fritz Brechbühl Ratssekretär Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.